

Kaum Spielraum für Verhandlungen

Beide Seiten brauchen den Frieden in Nahost, und doch sind die Chancen der "road map" dürftig

Von Thomas Schmidinger

Ob von der „road map“ für einen neuen Anlauf eines Friedens in Nahost mehr als ein vergeblicher Versuch übrig bleibt, hängt vor allem davon ab, ob sich die israelische Regierung und der erst seit März im Amt befindliche palästinensische Ministerpräsident Mahmud Abbas gegenüber den Extremisten in den eigenen Reihen durchsetzen können.

Der von den USA, der UNO, Russland und der EU ausgearbeitete Friedensplan ist nicht aus einer Initiative in der Region entstanden, sondern stellt den Versuch dar, eine Friedenslösung von außen zu erzwingen. In einer festgefahrenen Situation, wie sie sich nach zweieinhalb Jahren Intifada darstellt, mag darin eine — wenn auch nur kleine — Chance liegen.

Viele Israelis sehen in der damit verbundenen Internationalisierung des Konflikts angesichts der weltweit verstärkten propalästinensischen Sympathien jedoch auch eine Gefahr. Zu groß scheint ihnen die Gefahr, dass Israel zugunsten geostrategischer Interessen geopfert werden könnte.

Militante Siedlerorganisationen lehnen die „road map“ aus grundsätzlichen ideologischen Gründen ab. So wendeten sich Rabbiner von Siedlerorganisationen, die durch die Beteiligung der Nationalreligiösen Partei an der Regierungskoalition auch dort über einen nicht zu unterschätzenden Einfluss verfügen, vehement gegen den Plan der Errichtung eines palästinensischen Staates unter Abtretung großer Teile der besetzten Gebiete. Unter den kompromisslosen rechtsreligiösen Rabbinern befinden sich auch der Präsident der Jeshivas von Bnei Akiva, Rabbi Avraham Druckman und der ehemalige sephardische Oberrabbiner Mordechai Eliyahu, der auf einem Treffen von 500 Rabbinern der „Federation for the People of Israel and Land of Israel“ am 23. Juni erklärte: „Niemand [...] hat das Recht, einen Fußbreit des Landes Israel aufzugeben, auch nicht der Ministerpräsident, denn jeder Fußbreit ist heilig.“

Der Widerstand gegen die „road map“, mit dem Ariel Sharon auch innerhalb der eigenen Partei konfrontiert ist, lässt seiner Regierung wenig Spielraum, was sich in den 14 Vorbehalten widerspiegelte, welche die israelische Regierung in Washington gegen den Friedensplan vorgebracht hat.

Mindestens ebenso wenig Spielraum bietet sich jedoch auch für den palästinensischen Ministerpräsidenten Mahmud Abbas. Während die islamistischen Organisationen Hamas und Jihad an sich schon jeden Kompromiss mit Israel ablehnen und auf der Zerstörung des zionistischen Staates bestehen, sind auch die ehemals säkularen Palästinenserorganisationen längst Teil einer Intifada, in der sie sich auch in ihren politischen Formen zunehmend der Hamas angleichen.

Milizen aus Arafats al-Fatah scheinen sich geradezu in einen Wettbewerb um möglichst blutige Angriffe auf israelische Zivilisten mit den islamistischen Organisationen begeben zu haben und dabei auch auf die Unterstützung oder zumindest Duldung durch höchste Spitzen der palästinensischen Verwaltung bauen zu können. Mahmud Abbas, der selbst über keine gewachsene Hausmacht verfügt, findet sich eingezwängt zwischen der autoritären Führung von Palästinenserpräsident Jassir Arafats und der Basis von Hamas und al-Fatah wieder.

Er scheint kaum über den Spielraum zu verfügen, der ihm entscheidende Schritte zur Verwirklichung der „road map“, wie ein effektives Durchgreifen gegen palästinensische Terrorakte, ermöglichen würde.

Damit ist sowohl für die israelische, als auch für die palästinensische Regierung kaum ein Verhandlungsspielraum gegeben. Dabei bräuchten beide Seiten einen Ausweg aus der Sackgasse dringender denn je.

Neben der ständigen Bedrohung der Zivilbevölkerung in Israel durch den Terror von Selbstmordattentätern und dem permanenten Kriegszustand in den besetzten Gebieten, hat sich auch die wirtschaftliche Lage nach zweieinhalb Jahren Intifada sowohl für Israel als auch in den Palästinensergebieten dramatisch verschlechtert.

In Israel hat die Arbeitslosigkeit mit fast elf Prozent einen dramatischen Höhepunkt erreicht. Die ständige Abriegelung der Palästinensergebiete hat die prekäre Hilfsarbeiterökonomie von nach Israel pendelnden Palästinensern fast völlig zum Erliegen gebracht.

Über ein Drittel der Palästinenser in den Autonomiegebieten ist heute arbeitslos. Die Armut in den Palästinensergebieten hat aber auch Israel selbst erreicht. Nach amtlichen Statistiken lebt bereits jeder fünfte Israeli unter der Armutsgrenze. In Tel Aviv haben Obdachlose vor wenigen Tagen in Form eines öffentlichen Camps mit Protesten gegen Kürzungen der Sozialhilfe begonnen.

Die hohen Ausgaben für Sicherheit und Militär fressen zunehmend das öffentliche Budget. Die durch wachsende Armut immer notwendigeren Sozialausgaben sind damit ständigen Kürzungen unterworfen.

Die durch die Oppositionsrolle geschwächte Linke kann diesem Abbau des Sozialstaates kaum effektiven Widerstand entgegensetzen. Der Wirtschaftsfaktor Tourismus ist in den letzten beiden Jahren fast völlig zum Erliegen gekommen. Zusätzlich haben Nachfrageeinbußen im Hochtechnologiesektor die israelische Wirtschaft hart getroffen. Insgesamt ist das Bruttoinlandsprodukt seit Beginn der Intifada um zwei Prozent gefallen, Inlandsinvestitionen gingen um über zehn Prozent zurück, die Löhne um 7,5 Prozent.

Ein Ausweg aus diesem wirtschaftlichen Dilemma ist nur durch ein Ende oder zumindest durch eine Eindämmung der Gewalt möglich. Was einerseits die Verhandlungsposition beider Regierungen erschwert, bietet zugleich die Chance der Notwendigkeit einer Friedenslösung.

Auch unter palästinensischen Intellektuellen erheben sich seit Monaten immer mehr Stimmen, die sich aus ganz pragmatischen Gründen kritisch mit der Eskalation der Gewalt seit Beginn der Intifada beschäftigen. Selbstmordattentate werden aus Sicht dieser pragmatischen Intellektuellen nicht aus moralischen Gründen, sondern aufgrund ihrer Zwecklosigkeit verurteilt. Nach zweieinhalb Jahren Intifada, hat sich diese nicht zuletzt für die palästinensische Gesellschaft desaströs ausgewirkt.

Nicht nur ökonomisch liegen die Palästinensergebiete am Boden. Die ständige Präsenz externer und interner Gewalt führt auch zunehmend zu einer Traumatisierung palästinensischer Kinder und Jugendlicher. Die palästinensische Gesellschaft, einst eine der gebildetsten und säkularsten Gesellschaften der arabischen Welt, leidet zunehmend unter innerer Verrohung, die aus der ständigen Präsenz von Gewalt gegen Israel, gegen vermeintliche Kollaborateure, westliche gekleidete Frauen oder Lesben und Schwule resultiert.

Aber auch auf israelischer Seite sehen Säkulare und Linke mit zunehmender Sorge den wachsenden Einfluss religiöser und nationalistischer Fanatiker, die durch ihre Beteiligung als „Zünglein an der Waage“ in der israelischen Regierung, diese zunehmend in Geiselhaft zu nehmen scheinen. Ein Ausdruck dieses Unbehagens ist der überwältigende Wahlerfolg der antireligiösen liberalen Shinui, bei den letzten Knesset-Wahlen, die heute selbst Teil der Regierungskoalition Ariel Sharons ist.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma könnten nur entscheidende Fortschritte im Sinne der „road map“ bieten. Solche Fortschritte können sich beide Regierungen jedoch nur leisten, wenn sie damit schnell konkrete Erfolge für die jeweilige Bevölkerung erreichen können, was wiederum Voraussetzung für weitere Verhandlungsergebnisse wäre.

Hier schließt sich der Kreislauf der Verhandlungen. Absurderweise bilden rasche Erfolge zugleich die Voraussetzungen für dieselben. Diese Tatsache reduziert die Hoffnungen auf einen Nahostfrieden auf ein Minimum. Auf eine minimale Chance, die zu nützen jedoch sowohl für die israelische als auch für die palästinensische Bevölkerung lebensnotwendig ist.

Aufbau, JUNE 26, 2003